

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 33

Ersteinstellung
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 9. August 1925

Verlagssitz: Berlin O. 2, Drellestr. 4/9 IV.
Telefon: 5529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Unser Verbandstag.

II.

Der Verbandstag nahm Kenntnis von einem Zirkular des kommunistischen Buchbinderverbandes, nach welchem von jener Stelle Anträge zum Verbandstage verschickt wurden. Der Verbandstag beschloß einstimmig, diese von einzelnen unserer Kollegen übernommenen bzw. gestellten Anträge von der Beratung auszuschließen. Ueber einen weiter vorliegenden Antrag Frenzel um Wiederaufnahme wird zur Tagesordnung übergegangen.

Hierauf nimmt der Verbandstag das Referat des Genossen **Chrentleit**-Hamburg über

Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik entgegen.

Chrentleit beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen der Nachkriegszeit. Mit ihr, so führte er aus, begann für die auf dem Boden des Sozialismus stehende Arbeiterschaft eine neue Kampfepoche. Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, zur Wirtschaft und zur Politik hatte sich grundlegend geändert, weil an Stelle des reaktionären Obrigkeitsstaates die politisch demokratische Staatsform getreten war, die theoretisch zweifellos einwandfrei ist. Trotzdem aber wurden nach dem Kriege manche Hoffnungen enttäuscht, denn der politischen Demokratie folgte leider nicht zugleich die wirtschaftliche. Zwar ist dem Volke, wie der Referent weiter zum Ausdruck brachte, auf Grund der Weimarer Verfassung Mitbestimmung und Mitverantwortung an der Wirtschaft versprochen worden. Das Versprochene wurde aber bis jetzt noch nicht in die Tat umgesetzt. Das lag daran, daß die Wirtschaft nach dem Kriege fast blutleer geworden war und die Zersplitterung der Arbeiterschaft eine weitere Ausnutzung der politischen Macht verhinderte. Unter diesen Umständen war dem Unternehmertum Gelegenheit gegeben, den theoretisch einwandfreien Staat in seine Ohhut zu bringen. Der Widerstand der Unternehmer verhinderte auch, daß die von den Gewerkschaften nachdrücklich vertretenen Forderungen nach Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten und nach einer paritätischen Zusammenfassung der Handels-, Industrie- und Gewerbekammern nicht in Erfüllung gingen. Die Gewerkschaften werden trotzdem nach wie vor ihre ganze Kraft für eine Umformung der Wirtschaft in diesem Sinne einsetzen. Der Redner begründete weiter die Notwendigkeit, den Einfluß der Gewerkschaften auf den Reichstag zu verstärken. Damit solle nicht einer politisch-parlamentarischen Sondervertretung der Gewerkschaften das Wort geredet werden; sie würde der Arbeiterschaft doch nur neue Zerküftung bringen. Worauf es ankomme, sei mehr Einfluß auf die den Gewerkschaften nahe liegenden Parteien unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit zu gewinnen. Der vorjährige Parteitag der Sozialdemokratie habe die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens zwischen Partei und Gewerkschaften anerkannt, was von den Gewerkschaften nur begrüßt werden könne. Das nächste Ziel der Gewerkschaften müsse sein, ausschlaggebend für die wirtschaftspolitische Führung der Arbeiterklasse zu werden. Das immer schnellere Tempo der aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrisen erfordert einerseits eine Umgestaltung der Wirtschaft, an der die Gewerkschaften aktiven Anteil zu nehmen haben. (Starker Beifall.)

Hierauf folgte das Referat des Genossen **Bauer**-Hamburg über die

„Betriebsräte und ihre Bedeutung.“

Nur wenige waren sich bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes über dessen Bestimmungen und Wert klar. Viele glaubten, mit der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche erreicht zu haben. Die Gewerkschaften waren nüchtern genug, von allem Anfang an auf das Falsche dieser Anschauung hinzuweisen. Wesen und Bedeutung der Betriebsräte haben noch lange nicht ihre rechte Auslegung erfahren. Technisch gesehen sind die Betriebsräte die Fortsetzung der früheren Arbeiterausschüsse, nur mit dem grundlegenden Unterschied, daß diese so gut wie keine, jene aber sehr große Bedeutung haben können, wenn sie in richtiger Art von ihrer Machtbefugnis Gebrauch machen, die ihnen durch die gesetzliche Verankerung im Betriebsrätegesetz gegeben ist. Die Betriebsräte müssen fest und unlöslich mit den Gewerkschaften verbunden sein. An Versuchen, die Betriebsräte gegen die Gewerkschaften auszunutzen, ist auch heute noch kein Mangel, glücklicherweise scheitern diese Versuche in der Regel am gefunden Sinn der Arbeiterschaft. Die Betriebsräte können keine selbständige Bewegung sein, sie sind und sollen sein die besten Funktionäre der Gewerkschaften. Sie müssen darum auch volles Verständnis für die heutige andere Stellung der Gewerkschaften im Staate haben, die auch ihm eine andere Stellung im Wirtschaftsleben gegeben haben. Eine selbständige Betriebsrätebewegung würde sein ein Mittel zur Förderung des Betriebsegoismus, der den Gewerkschaften und der Gesamtarbeiterschaft schon so viel Schaden gebracht hat. Der Betriebsrat hat sich als wichtigster Funktionär der Gewerkschaft zu fühlen. Eine andere Einstellung würde nur bedeuten, daß die Betriebsräte die Enttäuschungen ihrer ersten fünfjährigen Tätigkeit nochmals erleben müßten. Das haben wir gewußt zu verhindern. Der Betriebsrat ist ein öffentlich-rechtliches Organ zur Vertretung der Betriebsbelegschaft gegenüber einer Anzahl sonstiger Organe. Er ist anerkanntes Rechtsorgan der Gewerkschaften und hat deren Interessen gegen jeden zu vertreten. Genosse Bauer erläuterte sodann die gesetzlichen Aufgaben der Betriebsräte. Leider fehle eine Uebersicht darüber, in welchem Umfang diese Aufgaben erfüllt worden sind. Lediglich die Feststellungen der Gewerkschaften geben einen Anhaltspunkt und diese Feststellungen sind niederschmetternd für uns. Da dürfen wir uns nicht täuschen lassen durch die Bewertung der Arbeit der Betriebsräte durch eine Reihe amtlicher und halbamtlicher Organe, die der Arbeit der Betriebsräte allerhand Hochachtung entgegenbringen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Redner streift die Bewertung der Betriebsräte durch die SPD, und deren Versuche, die Betriebsrätebewegung unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Die Gewerkschaften haben die Ursache gegeben, daß die Betriebsrätebewegung in der letzten Zeit eine ganz wesentliche Neubebung erfahren hat. Zu wünschen aber ist, daß jeder Gewerkschaftler die Bedeutung und die Machtbefugnisse, die durch das Betriebsrätegesetz der Arbeiterschaft gegeben sind, erkennen und auszunutzen verstehen lernt. Die Rechte und die Aufgaben der Betriebsräte erweitern sich nicht durch gesetzliche Festlegung dahingehender Forderung, sondern einzig und allein durch eine starke

Gewerkschaftsbewegung. Steht die Gewerkschaft und die Belegschaft der Betriebe hinter ihnen, dann können sie ihre Macht bis zum letzten ausnützen. Dazu gehört jedoch auch ein gutes Wissen und die absolute Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag beschließt, die beiden Referate als **Sonderdrucke** erscheinen zu lassen.

Der internationale Sekretär **Hochstrasser**-Bern begrüßte den Verbandstag im Auftrag der Internationalen Buchbinder-Föderation und des Schweizer Verbandes.

Hierauf wird in die

Debatte über die Vorträge

eingetreten. Dazu gehören die Anträge 191, 193 und 194. Der Antrag 193 findet nicht die ausreichende Unterstützung.

Böhme-Leipzig sieht in einer Wirtschafts-demokratie nichts anderes als eine neue Form der Arbeitsgemeinschaft und die Betriebsräte mit ihren heutigen Rechten und Aufgaben als Einrichtungen, die sonderliche Bedeutung nicht haben. Er anerkennt, daß die Betriebsräte als selbständige Organisationen nicht denkbar sind. Die Gewerkschaften müssen mit aller Kraft versuchen, die heutige Staatsform zu ändern. Wir müssen lernen, mehr Menschendynamie zu treiben. **Imhof**-Berlin hält Böhme jene Zeit entgegen, wo man von jedem Funktionär den Eid auf das „reine, unverfälschte und revolutionäre Räteystem“ verlangt und durch dieses Treiben der Betriebsrätebewegung unendlichen Schaden zugefügt hat. Es wurden den Betriebsräten Aufgaben zugewiesen, die sie gar nichts angingen und denen sie gar nicht gewachsen waren. Er verweist weiter auf Italien, wo man durch die Ueberspannung der Betriebsräteaufgaben dem Faschismus die Wege ebnete und in den Sattel verhalf. Man müsse endlich erkennen, daß man zunächst die Durchbildung der Betriebsräte mehr fördern müsse und empfiehlt daher den Antrag 194 zur Annahme. **Müller**-Leipzig wünscht ebenfalls, daß der Betriebsrätebewegung mehr Bedeutung zugewandt wird. Auch er erinnert an jene, die Bewegung stark distrebittierenden Schlagworte, die in der Forderung „hier Betriebsräte — hier Gewerkschaften“ gipfelte. Er wandte sich weiter gegen den Warenhandel, der vielfach noch von den Betriebsräten betrieben wird und der auf keinen Fall zu seinen Aufgaben gehört. Trotz dem sehr unvollkommenen Betriebsrätegesetz können die Betriebsräte sehr viel herausholen, wenn sie ihre Rechte kennen und von ihnen umfassend Gebrauch machen. Notwendig dazu sei allerdings, die Betriebsräte hierfür fähig zu machen und sie mehr durchzubilden. Kommen wir dieser Aufgabe mehr nach, dann wird auch das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Betriebsräten in den Betrieben wieder gestärkt werden. **Kargl**-Hanau ist der Ansicht, daß trotz der Misserfolge dennoch auch sehr viel Erfolge der Betriebsräte verzeichnet werden können. Für die Aufgabe, die kapitalistische Produktionsweise in die sozialistische umzuwandeln, sind ihre Rechte allerdings gleich Null. Uns speziell fehlt der Ueberblick über die wirtschaftliche Konzentration in unserem Beruf. Er wünscht daher eine Erforschung und Abhandlung über die Bedeutung unseres Berufes im Wirtschaftsleben. Dies würde uns eine gute Waffe für die Betriebsräte in die Hand geben. Auch er hält eine weitere Durchbildung der Betriebsräte für sehr wünschenswert und notwendig. **Hannemann**-Lützenwalde

ist jedoch, daß der A.D.B. seine volle Pflicht im Rahmen des Möglichen getan hat. Zu bedauern ist der geringe Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierungen, während die Unternehmer und deren Doktoren andauernd in den einzelnen Ministerien antischambrieren.

Hier zeigt sich die nachteilige Seite der Uneinigkeit der Arbeitererschaft am deutlichsten. Zur Frage der Industrieverbände gab er einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung dieser Frage seit dem Leipziger Gewerkschaftskongreß. Von unserem Verband ist die Zweckmäßigkeit des engeren Zusammenschlusses mit den übrigen graphischen Verbänden immer anerkannt worden. In der weiteren Öffentlichkeit hat die Frage der Industrieverbände sehr heftige Debatten gezeitigt. Für unsere Vertreter im Bundesausschuß des A.D.B. ist die Sachlage durch unsere frühere Verbandstagsbeschlüsse gegeben gewesen. Hauelsen stellte die Haltung unserer Vertreter dar, die sich stets auf den engen Zusammenschluß eingestellt haben, ohne allerdings Zwangsmaßnahmen angewendet wissen zu wollen. Der Entwicklung müsse schon einiger Spielraum gelassen werden. Der Widerstand mancher großer Verbände sei zum Teil durch uns verständlich, da sie, wie beispielsweise der Fabrikarbeiterverband, durch die Neubildung der Industrieverbände fast ganz aufgelöst werden würden. Für unseren Industriezweig sind wir noch immer der Auffassung, daß da ein Zusammenschluß der jetzt bestehenden vier graphischen Verbände in Frage kommen müßte. Die Betriebsentwicklung unseres Gewerbes zeige auch immer deutlicher, daß die Mitglieder aller vier Verbände unter einem Dach in größeren Betrieben zusammen arbeiten, also zusammengehören. Die Entwicklung im Holzarbeiterverband und insbesondere im Baugewerksbund zeigt auch, daß die Zentralisation immer weiter vorwärtsschreitet. Mit alzu großem Zwang dieses anzustreben, muß jedoch abgelehnt und der natürlichen Entwicklung und den Bedürfnissen der einzelnen Verbände mehr Rechnung getragen werden. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge zu sprechen, wobei er insbesondere den den Achtstundentag betreffenden streift und auf die bei Erörterung der Beitragsfragen gemachten Anregungen näher eingeht, auf dem Gewerkschaftskongreß die Angleichung der sehr unterschiedlichen Gewerkschaftsbeiträge anzustreben. Zur Frage des graphischen Industrieverbandes übergehend, betont Redner, daß wieder mehr an die Bildung von örtlichen graphischen Kartellen gedacht werden müsse. Solange örtlich nicht überall in solchen graphischen Kartellen zusammengearbeitet wird, könne man auch schwerlich an die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes denken. Einen Zwang auf die Schaffung von Industrieverbänden auszuüben, sei schädlich. Man müsse der Entwicklung die notwendige Zeit lassen. Zum Schluß kommt Hauelsen auf die Internationale Buchbinder-Föderation zu sprechen, wobei er insbesondere das Ausscheiden des englischen Buchbinderverbandes bedauernd erwähnt und auf die Schaffung der internationalen Streitunterstützungskasse sowie auf den nächsten internationalen Kongreß in Kopenhagen hinweist.

In der sich anschließenden
Debatte

sich die Anträge 196—198, 201—204, 241 und 242 sowie 247 mit zur Verhandlung, von denen nur die Anträge 201—204 sowie 247 genügend unterstützt werden. Bruhns als Vertreter des A.D.B. spricht seine Genugtuung über die leidenschaftslose Art aus, mit der Hauelsen die strittigen Fragen über Industrieorganisationen behandelt hat. Er wünscht, daß kein Zwang zur Konzentration der Verbände ausgeübt und die ruhige Entwicklung abgewartet wird. Damit erspare man den Gewerkschaften sehr viel Auseinandersetzungen, die ihrer Entwicklung nicht förderlich sind. Böhme-Weipzig ist der Ansicht, daß der A.D.B. auch mit dem jetzigen geringeren Mitgliederbestande noch eine Macht darstelle, die er viel mehr in die Waagschale werfen könne, insbesondere bei dem Kampf um den Achtstundentag. Auch in der Steuerfrage müsse man mehr Energie vom A.D.B. verlangen. In seinen weiteren Ausführungen kritisiert er die ablehnende Haltung des Buchdrucker-Verbandsvorstandes in der Frage des graphischen Industrieverbandes. Herzog-Berlin übt in seinen Ausführungen ebenfalls Kritik an der Tätigkeit des A.D.B., der oft berechtigten Grund-

zur Unzufriedenheit gegeben habe. Bezüglich der Industrieverbände bedauert er, daß man dem graphischen Industrieverbande jetzt ferner denn je zu sein scheine, unser Verband aber seine alte Stellung beibehält. Lebensfalls haben wir keine Veranlassung, anderen Verbänden nachzulaufen. Hein-Hamburg betont, daß ein Zusammenschluß der vier graphischen Verbände nicht bloß ein Vorteil für uns, sondern für alle Verbände sein würde. Er hält es aber für müßig, hier auf die andern Verbändevertreter einwirken zu wollen, sich in Zukunft gleich uns für den graphischen Industrieverband zu bekennen. Besser sei, wenn wir in den Betrieben für den Zusammenschluß werben. Bezüglich der Industrieverbände im allgemeinen sei er der Auffassung, daß der Ditzmannsche Plan noch lange nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Eine bessere Förderung des Industrieverbandsgedankens erwarte er von dem Vorschlage des Baugewerksbundes. Kollrich-Weipzig übt in seinen Ausführungen ebenfalls im wesentlichen Kritik an der Tätigkeit des A.D.B. und spricht sich für Industrieverbände aus. Auch die Schaffung einheitlicher Manteltarife hält er für notwendig als Vorbedingung zur Schaffung des graphischen Industrieverbandes. Kollegin Krzymin-Berlin weist in ihren Ausführungen auf die starken Widerstände des Vorkandes des Buchdruckerverbandes gegen den graphischen Industrieverband hin. Weinlädele-Nürnberg erklärt, daß er als früherer eifriger Verfechter des graphischen Industrieverbandes demselben heute skeptisch gegenüberstehe. Insbesondere kritisiert er die ablehnende Haltung des Hilfsarbeiterverbandes. Kornacker-Hannover vertritt die Meinung, daß man sich nicht mehr soviel mit dem graphischen Industrieverbande befassen solle, nachdem wir uns nun im Laufe der Jahre so viele Körbe geholt haben. Es entspricht nicht unserer Würde und solle man das Liebeswerben aufgeben. Man solle sich mehr auf den Ausbau der örtlichen graphischen Kartelle konzentrieren, womit man schon Zufriedenstellendes erreichen könne. Er bittet, von einem bestimmten Beschluß in der Frage der Industrieverbände abzusehen, da unsere Auffassung darin bereits auf früheren Verbandstagen genügend festgelegt sei. Küster-Hamburg spricht sich für die Schaffung des graphischen Industrieverbandes aus, wozu uns schon die technische Entwicklung immer mehr zwingt. Dieses Streben sollte mehr von unten gefördert werden, weshalb er die Propaganda in den Betrieben für das beste Mittel hält. Hanne mann-Luckenwalde spricht sich in gleichem Sinne aus. Haß-Steindruckerverband hält ein Zusammenarbeiten der vier Verbände im Graphischen Bund für das zweckmäßigste. Zweckmäßig erscheine ihm auch, die Gauleiter der vier Verbände zusammenzuberufen, um zur Frage der Verschmelzung eingehend Stellung zu nehmen. Die Vorlage von Ditzmann sei beachtenswert und könne als Grundlage für weitere Arbeiten sehr wohl betrachtet werden. In seinen weiteren Ausführungen weist er nachdrücklich auf die Vorteile hin, die eine Verschmelzung der Graphischen Verbände für jeden derselben bedeuten würde. Daraus ergebe sich für uns die Verpflichtung, diesem Ziele zuzustreben. Seitz-Buchdruckerverband betont, daß auch der Buchdruckerverband eine klare Stellung zum Graphischen Industrieverband eingenommen und sich grundsätzlich für denselben erklärt habe. Nur halten sie die Zeit für die Verschmelzung noch nicht für gekommen. Die absolute Notwendigkeit zum Zusammenschluß können sie noch nicht anerkennen. Auch die föderative Selbständigkeit der Gauen seines Verbandes erscheinen ihm ein Hindernis für den Industrieverband. Der Ausbau des Graphischen Bundes sei in der gegenwärtigen Zeit das zweckmäßigste, das man fördern solle. Daß große Industrieverbände nicht immer das Allheilmittel sind, die gerügten Uebelstände zu meistern, beweisen die hier so lebhaft kritisierten Löhne der Metallarbeiter. Hornte-Buchdruckerhilfsarbeiterverband meint, daß gerade ihr letzter Verbandstag sich dem Graphischen Industrieverband so sympathisch gegenübergestellt hat, wie man es günstiger wohl kaum verlangen könne. Bedauerlich sei, daß die Verbände in den örtlichen Kartellen sich nicht besser zusammensuchen. Für den Ausbau dieser örtlichen graphischen Kartelle zu wirken, habe der Verbandstag ausdrücklich beschloffen. Dies sei aber ebenfalls ein guter Schritt vorwärts zum Graphischen Industrieverband. Einen Zwang im Sinne des Vorschlages

Ditzmann lehnt er strikte ab, da er große Gefahren für die Gewerkschaften in sich berge. In seinem

Schluswort

geht Hauelsen auf die verschiedenen Einwände und Wünsche kurz ein, weist die von Böhme und Kollrich gemachte Kritik zurück und bittet, den inzwischen von Böhme gestellten Antrag auf Einberufung eines graphischen Betriebsrätekongresses abzulehnen, der praktisch undurchführbar sei. Auch er eruchet, von einem nochmaligen Beschluß zum Industrieverband abzusehen, da ein solcher überflüssig sei. In der dann vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag Böhme abgelehnt, desgleichen die Anträge 201 und 204, 203 und 247 angenommen.

Namens der Beschwerdekommission berichtet dann Hein als Berichterstatter über die Beschwerde der Kollegen Bellemann- und Martin-Stuttgart gegen ihren Ausschluß. Er eruchet, die Beschwerde zurückzuweisen und es bei dem Ausschluß zu belassen, der seinerzeit zu recht erfolgt sei. Der Verbandstag stimmt dem zu.

Hierauf wird in Punkt 5 der Tagesordnung eingetreten, bei dem Kollege Michaleis das einleitende Referat über

„Die Buchbinder-Zeitung“

erstattet. Er weist zunächst auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Inflationszeit hin, die besonders unangenehm auf unsere Zeitung sich auswirkte. Die Erhaltung und der Ausbau der Arbeiterpresse sei um so notwendiger, da die bürgerliche, arbeitereindliche Presse materiell und an Umfang uns weit überlegen ist und ihren unheilvollen Einfluß selbst in weiteste Arbeiterkreise hineinträgt. Beachtet man, daß etwa Dreiviertel der Bevölkerung zur Arbeiterschaft im weiteren Sinne gehört, und stellt die relativ geringe Verbreitung der Arbeiterpresse damit in Vergleich, dann erkennt man auch die ungeheure Kluft, die noch zu überwinden ist. Die Arbeiterorganisationen und speziell die Gewerkschaften können und dürfen diesen Tatsachen gegenüber sich nicht passiv verhalten, sondern haben ein Lebensinteresse daran, den Ausbau ihrer Zeitungen zu fördern. Wir haben zu allen Fragen des Wirtschafts- und politischen Lebens in der „Buchbinder-Zeitung“ trotz des knappen Raumes Stellung genommen. Abwegig seien daher die in einigen Anträgen niedergelegten Wünsche, politisch neutral zu bleiben. Aber der Raum der Zeitung sei viel zu knapp, um in der notwendigen und ausgiebigen Weise zu allen aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Es sei daher dringend notwendig, den Umfang der Zeitung wieder auf acht Seiten zu erweitern. Wünschenswert wäre, daß aus unseren Kollegenkreisen ein größerer Mitarbeiterkreis sich bilde. Schon deshalb, weil man erwarten darf, daß solche Mitarbeiter mehr Fühlung mit der Kollegschaft haben und deren Wünschen und Fühlen besser Rechnung tragen werden. Leider sei dies nicht der Fall. Man sei daher auf außenstehende Mitarbeiter angewiesen, die in ihren an sich guten Arbeiten meistens die notwendige berufliche Note vermissen lassen. An der zur eventuellen Ueberarbeitung solcher Arbeiten notwendigen Zeit fehlt es aber der Redaktion. Zu bedauern ist, daß selbst unsere Angestellten sich so wenig an der Mitarbeit beteiligen. Den Betriebsmißständen, den vielen Unfällen in unserem Beruf wird viel zu wenig Beachtung geschenkt. Und gerade die öffentliche Kritik solcher Mißstände in unserer Zeitung würde sehr heilsam wirken. Auch Verstöße gegen die tariflichen Bestimmungen müßten öffentlich kritisiert werden. Ein Beispiel in dieser Beziehung gab uns die Unternehmerpresse. Es ist auch auf diesem Verbandstage über die Aufgaben der Betriebsräte viel gesprochen worden. Auch da sei zu wünschen, daß die Betriebsräte sich mehr über ihre Erfahrungen und Beobachtungen in unserer Zeitung äußern. In seinen weiteren Ausführungen übt Redner Kritik an dem passiven Verhalten der zur Mitarbeit berufenen und befähigten Kollegschaft und gibt eine Reihe von Anregungen zur aktiven Tätigkeit. Auch für die gewünschten Fachartikel fehle es an geeigneten Mitarbeitern. Die auf dem Kasseler Verbandstag angenommenen Anträge zum Ausbau der Jugend- und Frauen-Seite sind verwirklicht worden. Aber auch hier sei festzustellen, daß von unseren 8000 jugendlichen und 36 000 weiblichen Mitgliedern sich so gut wie niemand an der Durchführung der Beschlüsse beteiligt habe. Selbst direkte Aufforderungen sind vergeblich gewesen. Er schließt mit der Aufforderung, in Zukunft der Zeitung die erbetene Mitarbeit nicht zu verlagen.

Zu diesem Punkt gehören die Anträge 180—185.
In der

Debatte

entschuldigte Kollegin **Obischer** Berlin ihr passives Verhalten mit den vielen Werkstattversammlungen, die sie zu besuchen hat und die es ihr unmöglich machen, sich noch schriftlich zu betätigen. **Konrad** Hamburg spricht sich dahin aus, daß die Kollegenschaft im allgemeinen mit der Zeitung recht zufrieden ist. Er erkennt an, daß politische Aufklärung auch durch die Zeitung erfolgen muß. Zur Mitarbeit aufzufordern, bietet sich in den Versammlungen genügend Gelegenheit, was in Zukunft nicht verkümmert werden soll. Ferner spricht er sich anerkennend über die gut ausgestatteten Agitationsnummern aus und wünscht Ausgestaltung der Zeitung durch größeren Umfang. Kollegin **Schulze** Dresden spricht ebenfalls ihr Bedauern darüber aus, daß die Mitarbeit an der Zeitung so verlagert hat. Sie verlangt besonders, daß den Unfällen mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird und spricht für Wiederholung der illustrierten Agitationsnummern. **Böhme** Leipzig wünscht nicht, daß die Zeitung sich politisch neutral verhält, beklagt jedoch den aggressiven Ton gegen die Kommunisten. Gut wäre es, wenn die „Buchbinder-Zeitung“ Artikel über die internationale Vertretung sowie das russische Wirtschaftsleben bringen würde. Kollegin **Krzym** Berlin verteidigt sich ebenfalls gegen den Vorwurf, nicht an der Zeitung mitgearbeitet zu haben. Im weiteren bemängelt sie die vielen Genossenschaftsartikel. **Kargl** Hanau wünscht, daß allzu lange Artikel möglichst vermieden werden. Auch im feuilletonistischen Teil sollte man möglichst sich auf kurze Notizen beschränken. Auch die Ergebnisse unserer Statistik könnten der Zeitung mehr dienlich gemacht werden. **Schreihart** Berlin erkennt an, daß die Zeitung entsprechend dem Kasseler Beschluß der Jugend- und Frauenbewegung gute Aufmerksamkeit zugewandt hat. Aktive mitzuarbeiten sei auch in Folge sehr starker Organisationsfähigkeit nicht möglich. Im weiteren geht sie auf die Berliner Frauenversammlungen näher ein, die sich mehr mit internen Verbandsangelegenheiten beschäftigen und über die aus diesem Grunde einstweilen noch nicht viel in der Zeitung berichtet werden kann. **Vemser** Berlin bedauert, daß die Gewerkschaftszeitungen nicht immer so aufmerksam gelesen werden, wie es notwendig sei. Er wünscht weiter, den Fachartikeln mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit der Zeitung sei man im allgemeinen sehr zufrieden, doch hält auch er es für besser, möglichst kurze Artikel zu bringen. **Hauelsen** vom Verbandsvorstand betont, daß der Redaktion in jeder Weise die Unterstützung des Verbandsvorstandes zuteil wird. Vorhandene Mängel sind im wesentlichen auf die Auswirkung der Instationszeit zurückzuführen. Im weiteren wünscht er, daß die Ergebnisse der Lohn- und Tarifverhandlungen in der Zeitung mehr kritisch beleuchtet werden und dazu sei notwendig, daß Michaelis an den Tarifverhandlungen teilnehme. Bedauerlich ist, daß die Kollegenschaft, insbesondere unsere Angestellten, sich so wenig durch Mitarbeit betätigen. Ob die Jugend- und Frauenseite ein Vorteil sei, erseheine fraglich. Richtiger sei es, jede Nummer so zu gestalten, daß sie auch bei den Jugendlichen und den Kolleginnen Interesse erweckt.

In seinem

Schlusswort

geht **Michaelis** auf die verschiedenen Einwendungen ein und stimmt u. a. **Hauelsen** zu, daß die Jugend- und Frauenseite nicht als Vorteil zu betrachten sind. Die Uniformierung der Zeitung sei auch nicht nach seinem Geschmack, doch sei er in dieser Sache an die Beschlüsse der Verbandstage gebunden. Im übrigen stellt er fest, daß die Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Vorstand eine durchaus gute zu nennen ist. Wünschenswert und zu hoffen sei, daß nach der eingehenden Aussprache eine Wendung zum besseren eintritt und in Zukunft die Mitarbeit der Kollegenschaft endlich zur Tatsache wird. Im weiteren nimmt er zu den vorliegenden Anträgen Stellung und empfiehlt den Antrag 180, soweit dieser die Zeitung wieder achtsam erscheinen lassen will. Von der Wiedereinrichtung eines Interatenteils bittet er abzusehen, höchstens könne man die Aufnahme von Stellenangeboten ins Auge fassen. In der Abstimmung wird hierauf der erste Teil des Antrages 180 angenommen und der übrige Teil sowie die übrigen Anträge abgelehnt.

Es wird sodann der

Bericht der Esferkommission

entgegengenommen. **Drehwald** Stuttgart als Berichterstatter verweist darauf, daß der Entwurf ihrer Verhandlungen im Antrag 254 niedergelegt sei, den er noch eingehend erläutert. Bezüglich der Beitragsklassen habe man es bei dem bisherigen Zustand belassen. Die beantragte Erwerbslosenunterstützung halte die Kommission für sehr bedenklich und sie habe sich daher für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung entschieden. Auch die Wiedereinführung der Koststandsunterstützung werde verlangt und die Invalidenunterstützung auch für die 4. Klasse eingeführt. Bei der Hinterbliebenenunterstützung soll es bei dem bisherigen Zustand bleiben. Als Beiträge werden für die 1. bis 5. Klasse vorgeschlagen: 30, 50, 65, 100 und 125 Pf. pro Woche. Bezüglich der Invalidenunterstützung wird noch vorgeschlagen, den weiblichen Mitgliedern der 3. Klasse zu gestatten, durch Leistung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. sich ebenfalls die Anrechte auf die Invalidenunterstützung zu erwerben. Als richtunggebend wird weiter vorgeschlagen, daß als Lokalbeiträge in der Regel nicht über 25 % erhoben werden. Bezüglich der beantragten Amnestie für die in den Oppositionsverband übergetretenen Mitglieder empfiehlt die Kommission dringend, alle diesbezügliche Anträge abzulehnen, da nicht anerkannt werden kann, daß jene nur aus wirtschaftlicher Not übergetreten seien. Redner empfiehlt, die Kommissionsvorlage ohne Debatte in ihrer Gesamtheit anzunehmen. Hierauf steht die Vorlage der Esferkommission zur

Debatte.

nachdem der Wunsch der Kommission auf en-bloc-Akzeptanz nicht die Gegenliebe des Verbandstages gefunden hat. **Rachner** Weimar fordert höhere Beiträge als von der Kommission festgesetzt ist. **Priemer** Berlin ist mit der Arbeit der Kommission nicht zufrieden. Er bedauert die Abstriche von der Vorlage des Verbandsvorstandes. Die Invalidenunterstützung müsse auch für die dritte Beitragsklasse obligatorisch sein und der Beitrag für die dritte Klasse auf 70 Pf., in der fünften Klasse auf 1,30 Mk. festgesetzt werden. **Juhrmann** Grimma verlangt im Interesse der Heimarbeiter für die erste Klasse einen Beitrag von 25 Pf. Im übrigen erklärt er sich mit der Vorlage einverstanden, wenn auch die fünfte Beitragsklasse noch etwas erhöht wird. Für die Krankenunterstützung der zweiten Beitragsklasse verlangt er eine Erweiterung der Unterstützungsklassen. **Vemser** Berlin spricht für Antrag 21 (Frankfurt-Main). Nachdem dieser Antrag gefallen ist, will er sich mit der Kommissionsvorlage abfinden. Antrag 44 wünscht auch er zur Annahme. Kollegin **Obischer** Berlin bedauert die Haltung der Kommission in bezug auf die Anträge, die die Kolleginnen berühren. Sie unterstützt die Anregungen **Priemers**, desgl. den Antrag 44. **Kollrich** Leipzig will dem Verband die notwendigen Beiträge geben, er ist jedoch mit der Erweiterung der Unterstützungen nicht einverstanden. **Bernhardt** Dresden vertritt Antrag 44. Im übrigen empfiehlt er die Vorlage der Kommission. **Silz** Eisenberg verlangt die Anwendung aller Mittel, um die Mitglieder in die höheren Klassen zu bringen. § 27 Abs. 2 im Statut ist zu streichen. **Dür** Lahr verlangt eine sechste Beitragsklasse mit einem Beitrag von 1,50 Mk. Die erste Klasse soll auf 25 Pf. festgesetzt werden. **Stephan** München spricht für Annahme der Kommissionsvorlage.

Damit ist die Debatte erledigt. Die Vorlage der Esferkommission wird an diese zurückverwiesen, damit sie zu den erneut eingebrachten Anträgen noch Stellung nehmen kann.

Hierauf wird Punkt 4 der Tagesordnung

„Tarif- und Lohnbewegungen“

in geschlossener Sitzung behandelt. **Wienke** Berlin gibt in seinem Referat zunächst einen kurzen Überblick auf die Entwicklung unserer Tarifverträge und die gewaltige Arbeit, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verursacht. Diese Arbeit ist leider nur von einem kleinen Teil unserer Mitglieder gewürdigt worden. Weiter geht er auf die Lohnbewegung einzelner Orte und Bezirke näher ein, die dabei festgelegten Lohnbedingungen in einem Vergleich mit den Reichstariflöhnen bringend. Dann erörtert er Vorteile und Nachteile der Verbindlichkeitsklärung unsere Reichstarife und geht auf die Frage der Arbeitszeit näher ein. Hierin haben unsere Mitglieder in den Werkstätten zweifellos sehr viel

verkümmert und den Unternehmern nicht den genügenden Widerstand entgegengeleitet. Dann erörterte er die Verhandlungen über den Reichsaffordarij und dessen Wert für unsere unter diesen Tarif arbeitenden Mitglieder und schildert die Bedeutung der einzelnen Reichstarife für die davon betroffenen Kolleginnen und Kollegengruppen. In seinen Schlusssatzungen zieht er Vergleiche mit der Entlohnung anderer Bezirke. Er wünscht, daß der Verbandstag die Arbeit des Tarifausschusses gutheißen und ihn zum weiteren Gehen auf der beschrittenen Bahn autorisieren werde.

Zu diesem Punkt gehören die Anträge 170 bis 179 und 261. Infolge nicht genügender Unterstützung scheiden eine Anzahl der Anträge aus, so daß nur zur Verhandlung stehen die Anträge 171, 175 und 261. In der

Debatte

über den Punkt „Tarif- und Lohnbewegungen“ bemängelt **Rachner** Weimar die vielfach mangelnde Aktivität eines großen Teiles unserer Mitglieder. Er begründet den Antrag 261, aus dem Tarifausschuß eine Studienkommission von 5 Mitgliedern zu bilden, die die tariflichen Verhältnisse in England und Holland zu untersuchen haben, um die so notwendigen Unterlagen für unsere Tarifverhandlungen zu erhalten. Auch die Internationalen Kongresse und Verbandstage sollen dem gleichen Zwecke dienlich gemacht werden. **Priemer** Berlin empfiehlt das Festhalten an der bisherigen Haltung des Tarifausschusses, der immer sein Bestes getan habe, um die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten. Den Vorschlag **Wachners** auf Einsetzung einer Studienkommission lehnt er ab. Bedauerlich sei, daß viele unserer Mitglieder trotz aller Aufklärung des Glaubens leben, der einzig Verantwortliche bei unseren Tarifabschlüssen sei der Verbandsvorstand, obwohl nur der Tarifausschuß in seiner Gesamtheit dafür verantwortlich sei. Aus dieser falschen Einstellung resultiere es, daß vielfach unberechtigterweise gegen die Verbandsleitung erhoben werden. **Kollrich** Leipzig bedauert, daß der Arbeiterschatz der Achtstundentag in die Hände gespielt worden sei. Hätte sie sich den Achtstundentag erkämpfen müssen, dann stünde sie fester hinter ihn. Er bezweifelt, daß alles gelang worden ist, was zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getan werden konnte. Er verlangt, daß die Massen aufgerufen werden vor Stillständen von Lohnverhandlungen und auch über Annahme und Ablehnung von Verträgen sollen die Gesamtmitglieder durch Urabstimmung entscheiden. Bei Einführung neuer Maschinen müsse die Arbeitszeit verkürzt werden, so daß durch die Einführung keine Arbeitslosen geschaffen werden. Weiter behandelt er den Streik in Leipzig und geht auf die Tarifabschlüsse näher ein.

Ein Antrag auf 10 Minuten Redezeit wird angenommen.

Kollegin **Krzym** Verbandsvorstand kritisierte einige Bestimmungen in unseren Verträgen, die nach ihrer Auffassung zur Benachteiligung der Kolleginnen ausschlagen. **Müller** Wüdnitz verurteilt die Teilnahmslosigkeit der großen Masse der Kollegenschaft, die hauptsächlich Schuld sei, daß wir in den Fragen der tariflichen Entlohnung usw. noch so viel Mängel zu verzeichnen haben. Notwendig erscheine ihm auch eine scharfe Stellungnahme gegen die übertriebene Ausdehnung der Affordararbeit. Im großen und ganzen könne man aber mit der Tätigkeit des Tarifausschusses durchaus zufrieden sein. **Kircher** Darmstadt spricht den Wunsch aus, daß man sich mehr dagegen wende, den tariflichen Minimallohn als Maximallohn anzusehen. Im weiteren bringt er diverse interne Beanstandungen bzw. Wünsche zur Sprache, deren Beachtung er dem Tarifausschuß empfiehlt. **Hef** Leipzig erläuterte die Schwierigkeiten bei unseren Lohnabschlüssen und die Ausnutzung der Beschlüsse auf die Groß- und Kleinstädte, die in der Regel sehr unterschiedlich ist. Er geht besonders die Uebertretung tariflicher Bestimmungen durch viele unserer Mitglieder. **Silz** Eisenberg nimmt Stellung zu einzelnen Abschlüssen in der Eis-Industrie und speziell zu dem Arbeitszeitabkommen. **Lange** Hamburg tritt für eine tarifliche Regelung der Entlohnung der Lehrlinge ein und für eine Kürzung der Spannung der Löhne zwischen älteren und jüngeren Kollegen, sowie zwischen den Löhnen für Männer und Frauen. Dann nimmt er kritisch Stellung zu dem Arbeitszeitabkommen und dem Verhalten so vieler Betriebsbelegschaften in dieser Frage. Die Gefängnisarbeit müßte tariflich verboten oder

ein sonstiger Schutz gegen die Auswüchse derselben geschaffen werden. Er warnt vor übertriebenen Hoffnungen auf die Erfolge der von Wachner geforderten Studienkommission. **S e r z o g** - Berlin empfiehlt dem Tarifausschuß, seine eingemessene Haltung beizubehalten und kritisiert einige bei den Abschlüssen zutage tretenden Erscheinungen, die für einen Teil unserer Mitglieder ein Hindernis in der Fortentwicklung der Löhne darstellen und äußert Wünsche, die die Behebung dieser Uebelstände bezwecken. Der Studienkommission stehe er sehr skeptisch gegenüber, wenn er sie auch nicht grundsätzlich ablehne. **S t e p h a n** - München geht auf den Reichsakkordtarif ein. Er glaubt feststellen zu können, daß derselbe den Akkordarbeitern Lohnreduktionen bringe, so daß viele das tarifliche Soll nicht mehr erreichen. **H ö t z e l** - Hirschberg kritisiert die Haltung vieler Mitglieder zu den tariflichen Bestimmungen. Dem Verbandsvorstand und dem Tarifausschuß gebührt der Dank unserer Mitglieder, die durch die Politik des Verbandes vorwärts gebracht worden sind. **M e h** - Frankfurt (Main) nimmt Stellung zur Verbindlichkeitsklärung unserer Tarife und verteidigt die kritische Einstellung Frankfurts zu derselben. **H a u e i s e n** - Verbandsvorstand erläutert die Haltung des Verbandsvorstandes und des Tarifausschusses in dieser Frage. Die von Wachner verlangte Studienkommission ist in der geforderten Art abzulehnen. **D ü r r** - Vahr begrüßt die Arbeiten des Tarifausschusses und tritt für Bezahlung der Schulstunden an die Jugendlichen ein. **B a u m** - Wurgun bedauert, daß ein erheblicher Teil unserer Mitglieder auf die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen scheinbar keinen großen Wert legt. In seinem

Schlusswort

geht **W i e n i c k e** auf die in der Debatte gemachten Ausführungen ein und nimmt kritisch Stellung dazu. Von den zu diesem Punkt vorliegenden Anträgen wird der Antrag 261 angenommen. Damit sind die Anträge 171 und 175 erledigt. Die beantragte Studienkommission einzusetzen wird abgelehnt. Hierauf wird der

2. Bericht der Eiserkommission

entgegengenommen. **D r e h w a l d** - Stuttgart als Berichterstatter erläutert die erweiterten Beschlüsse der Kommission und empfiehlt nunmehr deren Annahme. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 39 gegen 23 Stimmen abgelehnt, der die Invalidenunterstützung auch für die 3. Beitragsklasse obligatorisch eingeführt wissen will. In ebenfalls namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 33 gegen 29 Stimmen angenommen, der die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft der vorübergehend aus dem Beruf ausscheidenden weiblichen Mitglieder auf die Dauer von zwei Jahren auszudehnen verlangte. Sodann wird die Vorlage der Eiserkommission angenommen. Nach dieser Vorlage betragen die

wöchentlichen Beiträge ab 1. Oktober

	I.	II.	III.	IV.	V.
	25 Pf.	50 Pf.	65 Pf.	100 Pf.	130 Pf.

(Die Zusammenstellung der übrigen Beschlüsse erfolgt in unserer nächsten Nummer!)

Die Angestelltengehälter wurden nach einem Vorschlag einer zu diesem Zweck eingesetzten Kommission neu geregelt und dem Ausschussvorsitzenden für seine Tätigkeit in der verflochtenen Geschäftsperiode eine Entschädigung zugewilligt.

Einer Sympathiekundgebung für die ausgeperrten Bauarbeiter stimmte der Verbandstag zu. Sodann wird der

Bericht der Neuerkommission

über das Resultat ihrer Beratungen entgegengenommen. Berichterstatter **K l a r** - Breslau schlägt im Namen der Kommission vor, die Anträge 9, 10, 117, 120, 121, 123, 124, 125, 127 bis 130, 142, 149, 153, 156 zweiter Satz, 159, 161, 168 anzunehmen. Die übrigen Anträge sind abzulehnen, soweit sie nicht durch Annahme anderer Anträge erledigt sind. Die Kommission empfiehlt die Beibehaltung des Verbandsausschusses als Instanz unseres Verbandes. Antrag 246 ist dem Verbandsvorstand zu überweisen. Er begründet die zur Annahme empfohlenen Anträge kurz. Die

Debatte

über den Bericht der Steuerkommission eröffnete **S h e i n** - Hamburg. Er fordert die Anstellung aller Angestellten durch die Verbandsleitung. Der Verbands-Ausschuß hat sich überlebt und dessen Funktionen sollten dem Beirat übertragen werden. Der Beirat sollte wesentlich verkleinert werden. **L i p p o l d** -

Berlin wendete sich gegen den Antrag 133 auf Grund der Verhältnisse in Berlin. **S c h a b a c k e r** - Leipzig bedauert, daß die Kommission in verschiedenen Punkten die Rechte der Mitglieder beschneiden wolle. Er spricht für den Antrag 146 und ist mit einer Erweiterung desselben einverstanden. Das Recht der Anstellung der Angestellten müsse der Zahlstelle vorbehalten bleiben. **K a s p a r** - Berlin geht auf Berliner Verhältnisse ein. In bezug auf die Anstellungen schließt er sich **S c h a b a c k e r** an. **M e h** - Frankfurt vertritt die gegenteilige Ansicht. **H a a s e** - Halberstadt wünscht ebenfalls eine Verfeinerung des Beirates und begründet den Antrag 147. **H a u e i s e n** - Verbandsvorstand wendet sich gegen eine Äußerung **K a s p a r**s, aus der hervorgeht, daß der Verbandsvorstand in den Streitfällen in den Berliner Zahlstellen nicht objektiv handle. **V e m s e r** - Berlin bittet den Antrag 246 abzulehnen. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder darf nicht allzu sehr beschnitten werden. Auch empfiehlt er die Anträge 142 und 168 zur Annahme. **H a r d e r** - Verbandsvorstand ersucht um Annahme des Antrages 264. Er wünscht die Beibehaltung des Ausschusses, jedoch Umwandlung desselben in eine reine Beschwerdeinstanz. **I m h o f** - Berlin spricht für Aufhebung des Verbandsausschusses und Übertragung von dessen Funktionen an den Beirat, der aus seiner Reihe eine Beschwerdef Kommission zu bilden habe. **K l a r** - Breslau verteidigt die Beschlüsse der Neuerkommission. **H a u e i s e n** spricht sich bezüglich der Anträge über die Anstellung von Verbandsbeamten dahin aus, daß man es entweder bei dem bisherigen Zustand belassen möge oder dem Antrage des B. V. die Zustimmung gebe. Der Antrag 264 sei bedenklich, da er den Vorstand zu sehr binde.

Damit ist die Debatte geschlossen. Die Vorlage wird nochmals an die Kommission zurückverwiesen, da eine Anzahl Abänderungsanträge dazu gestellt sind.

Hierauf wird Punkt 12 der Tagesordnung

„Beschlussfassung über die noch nicht zur Erledigung gekommenen Anträge“

behandelt. Hierunter fallen die Anträge 232, 233, 234, 236 und 244, die sich mit der Wiedervereinigung mit der kommunizistischen Sonderorganisation befassen und die Anträge 228, 229, 230, 252, 252a und 263, in denen Grundsätze festgelegt werden sollen, unter welchen Bedingungen freiwillig aus unserem Verband ausgeschiedene Mitglieder wieder aufgenommen werden können. Die

grundtägliche Entscheidung über die Stellung unseres Verbandes zur Sonderorganisation

wird gefällt durch die Annahme folgenden Antrages:

Der Verband der Buchbinder und verwandten Berufe der Papier verarbeitenden Industrie Berlin (Oppositionsverband) wurde zu dem ausgesprochenen Zweck ins Leben gerufen, den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschland aufzuschärfen und mit den schädlichsten Mitteln zu bekämpfen.

Die Sondergründung charakterisiert sich deshalb als ein verwerfliches Unternehmen, sie war ein Verbrechen an der Arbeiterschaft.

Der Verbandstag lehnt es deshalb auch grundsätzlich ab, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, mit dem Oppositionsverband in Verhandlungen bezüglich einer Verschmelzung einzutreten.

Berufsangehörigen, von denen zu erwarten steht, daß sie das Statut des Verbandes und die auf Grund desselben gefassten Beschlüsse mißachten, ist der Beitritt zum Verband zu versagen.

Damit sind die Anträge 232, 233, 234 und 236 erledigt.

Zur Verhandlung steht dann die Gruppe von Anträgen, die sich mit den Bedingungen beschäftigen, unter denen die ausgeschiedenen Mitglieder erst wieder aufgenommen, resp. in welchem Umfange ihre früheren Rechte angerechnet werden können. **H a u e i s e n** - Verbandsvorstand wendet sich dagegen, denen alle Rechte zuzubilligen, die den Verband in dessen schwerster Zeit treulos verlassen haben. Anders zu behandeln sind diejenigen, die aus tatsächlicher Not und aus der Unmöglichkeit, ihre Beiträge zu leisten, ausgeschieden sind. **H a u e i s e n** macht aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die aus einem entsprechenden Beschluß des Verbandstages entstehen werden. **I m h o f** - Berlin verweist auf die ent-

sprechenden Beschlüsse anderer Organisationen und spricht sich für Annahme des Antrages 228 aus. **F r i e m e r** - Berlin empfiehlt die Annahme des Antrages 252 und die Ablehnung des Antrages 228. **D r e h w a l d** - Stuttgart teilt die Anschauung des Verbandsvorstandes, dennoch wünscht er die Annahme des Antrages 252a, da er für eine gewisse Toleranz Verständnis habe. **K a s p a r** - Berlin will ebenfalls Toleranz zeigen und spricht darum für den Antrag 228. **H ä b e r** - Leipzig plädiert gleichfalls für den Antrag 228.

S h e i n - Hamburg begrüßt die prinzipielle Erklärung des Verbandsvorstandes zur vorliegenden Sache und empfiehlt die Annahme des Antrages 252. **K a r g l** - Hanau spricht für den Antrag des Verbandsvorstandes. **K i r c h e r** - Darmstadt gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Verbandstag der Sonderorganisation gegenüber eine klare Stellung eingenommen habe. Er empfiehlt den Antrag 252 und wünscht ihn dahin erweitert, daß die Wieder aufgenommenen die Streit- und Gemahrgeltenunterstützung sofort wieder in Anspruch nehmen können. **H a u e i s e n** - Verbandsvorstand macht auf die finanziellen Auswirkungen aufmerksam, die durch die verschiedenen Anträge dem Verbandsvorstande entstehen werden. In bezug auf die Amnestierung der Ausgeschlossenen verweist er auf die seitherige Haltung des Verbandsvorstandes, der immer von Zeit zu Zeit die Wiederaufnahme Ausgeschlossener möglich gemacht habe. In dieser Frage müsse der Verbandsleitung etwas Bewegungsfreiheit gelassen werden. **K o l l i c h** - Leipzig lehnt die Anträge 228 und 252 ab, da diese ihm nicht weit genug gehen. Unser Verband müsse die gebotene Hand zur Verschönerung annehmen. Nach seiner Meinung müsse die Sonderorganisation geschlossen wieder aufgenommen werden. Damit sei er einverstanden, daß Mitglieder dieser Organisation, die nicht berufs-tätig sind, nicht mit übernommen werden. Er ist der Auffassung, daß eine Einigung von Dauer und von Nutzen für unsere Organisation sein werde.

Damit ist die Debatte erledigt. In der Abstimmung wird der folgende Antrag angenommen:

Berufsangehörigen, die vom 1. Oktober 1923 bis 31. Dezember 1924 aus dem Verband freiwillig ausgeschieden sind oder wegen Beitragsresten ausgeschlossen wurden und mindestens 52 Beiträge geleistet hatten, kann für den Fall, daß sie nach einem vom Verbandsvorstand noch näher zu bestimmenden Termin ihren Wiedereintritt in den Verband vollzogen haben, eine Anrechnung der früher geleisteten Beiträge in folgender Weise in Aussicht gestellt werden:

Nach	52 geleisteten Beiträgen	25 Proz.
"	104 " "	50 "
"	156 " "	75 "
"	208 " "	100 "

der früher geleisteten Beiträge.

Die Anrechnung der Beiträge soll sich auswirken beim Bezug von Unterstufungen, für die Invalidenunterstützung jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Karenz für deren Bezug um soviel Wochen verlängert, als das betreffende Mitglied seit dem Erlöschen seiner früheren Mitgliedschaft bis zum Wiedereintritt dem Verbandsverband ferngeblieben war.

Damit sind die Anträge 228, 229, 230, 252, 270, 271, 272 und 273 erledigt.

Dann wird der

2. Bericht der Neuerkommission

entgegengenommen. **K l a r** - Breslau berichtet im Auftrage der Kommission, daß diese der Meinung ist, daß der Verbandsausschuß als reine Beschwerdeinstanz bestehen bleiben soll. Die vorgenommene Abstimmung über die abgeänderte Vorlage der Kommission ergibt die Annahme der Vorlage. (Die Zusammenstellung der Beschlüsse erfolgt in nächster Nummer.) Antrag 219 wird abgelehnt.

Damit sind alle Anträge erledigt. Der Verbandstag tritt in die Erledigung des Punktes 10 der Tagesordnung:

Wahl des Verbandsvorstandes und der Verbandskörperchaften

ein. Als 1. Vorsitzender wurde **H a u e i s e n** mit 57 Stimmen, zum 2. Vorsitzenden **H a r d e r** mit 58 Stimmen, zum Kassierer **V e n d e r** mit 59 Stimmen, zum Redakteur **M i c h a e l i s** mit 58 Stimmen gewählt. Zu unbesetzten Vorstandsmittgliedern wurden gewählt **B r ü c k n e r** mit 53 Stimmen, **J ä n e m a n n** mit 54 Stimmen, **K r ü g e r** mit

beitsgerichte nach dem zu erwartenden Entwurf ist aber auch, so paradox es klingen mag, das Ende der Arbeitsgerichte herbeigeführt. Die Forderungen der Gewerkschaften gehen dahin, daß die Arbeitsgerichte völlig getrennt von den ordentlichen Gerichten aufgebaut werden. In den nach einem Referat Einzheimers auf dem Leipziger Gewerkschaftstongreß angenommenen Leitfäden heißt es:

„Die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die Amtsgerichte ist auch bei völliger Uebertragung sämtlicher Rechtsgarantien der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abzulehnen. Entscheidend dafür ist der innere Zusammenhang der gesamten Arbeitsrechtspflege, die das Schlichtungs- und Tarifwesen in sich schließt, sowie die Unlösbarkeit des Arbeitsvertrages vom gesamten Arbeitsverwaltungsrecht (Arbeitsnachweis, Gewerbegericht usw.). Die notwendige, vor allem im allgemeinen Staatsinteresse gelegenen Beteiligung der Justiz an der Arbeitsrechtspflege ist auf andere Weise sicherzustellen, und zwar insbesondere durch Studienreform, Ausbildungszwang der Referendare und Pflichtjahre der Gerichtsassessoren bei den Arbeitsbehörden, Ernennung arbeitsbehördlich vorgebildeter Richter zu Arbeitsrichtern durch gemeinsame Entscheidung der den Arbeitsbehörden vorgeordneten obersten Landesverwaltungsbehörden in Verbindung mit der Landesjustiz.“

Es besteht nämlich ein himmelweiter Unterschied zwischen einem in der Sozialverwaltung tätigen, mit den sozialen Räten und wirtschaftlichen Verhältnissen verwachsenen Vorstehenden und einem solchen, der gewohnt ist, nur aus den gegebenen gesetzlichen Bestimmungen zu urteilen. Die Rechtspredung der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurzelte bisher in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und wandelte sich mit diesen. Sie war daher vornehmlich rechtsschöpferisch und schaffte sich mit ihren Urteilen eine viel breitere Basis, als sie durch die bestehenden arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen gegeben war. Nun soll nach dem Entwurf der enge und oft politisch besangene Richtergeist in die soziale Rechtspredung eindringen. Es wird und muß hier als Fremdkörper wirken und wird auf lange Zeit im Arbeitsrecht Verwirrung und Schaden anrichten. Dagegen werden die Gewerkschaften sich verwahren und den Kampf gegen Verschlechterungen und Verfümmelungen im Arbeitsrecht aufnehmen.

Die Macht der Arbeitnehmerchaft als Konsumenten.

In der deutschen Wirtschaftsgeschichte gab es noch nie eine Zeit, in der die Konsumenten in ihrer Gesamtheit eine so große Macht besaßen wie heute. Die Fabrikanten und Händler sind gezwungen, wollen sie ihre Ware los werden, große Mittel für Reklame auszugeben. Die Reklamekosten sind natürlich ungeheuer teuer. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Produktion nicht unwesentlich belastet. Es ist bedauerlich, daß diese Situation im allgemeinen wenig oder gar nicht beachtet wird. Würde die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Macht als Konsumenten erkennen, dann könnten ganz andere Druckmittel auf die Fabrikanten und Händler angewandt werden. Es ist überhaupt eigentümlich, daß das Machtmittel der Organisation im Wirtschaftsleben so einseitig angewandt wird. Die Unternehmer sind in Kartellen und Syndikaten zum Teil sehr straff organisiert. Die Händler haben sich ebenfalls zu starken Verbänden zusammengeschlossen — und die Konsumenten? Sie laufen zum allergrößten Teil wild herum. Dies wäre verständlich, wenn nicht schon seit 60 Jahren vorzügliche Konsumentenorganisationen in den Konsumentenvereinen beständen. Hier gibt es gerade in der Weltzeit den Hebel anzufassen. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger schließe sich deshalb den Konsumentenvereinen an. Wäre dies in durchgreifendem Maße der Fall, dann wäre die Macht der Konsumenten ins Riesenhafte gesteigert. Und wie wäre diese Macht in der heutigen Zeit zur Anwendung zu bringen!

Belgien gesperrt!

Unsere Kollegenschaft in Belgien befindet sich in einem harten Kampf mit den Unternehmern, an dem die Mitglieder des belgischen Verbandes fast vollständig beteiligt sind. Belgien ist darum gesperrt!

Gebet des Proletariats.

Weltgeist, ich will mich niemals allein auf dich verlassen. Weltgeist, ich will immer für die Allgemeinheit schaffen, dann werde ich, o Weltgeist! für dich und auch für mich schaffen. Ich will mithelfen, daß dereinst das Reich der Vernunft, Schönheit und Friedfertigkeit auf Erden komme. Die an der Ausbeutung und die an den Kriegen Schuldigen will ich bekämpfen, wo immer ich kann. Freies Brot soll dereinst jeden freien Menschen beglücken. Alles Liebe kommt von der Rücksichtslosigkeit, und diese Rücksichtslosigkeit will ich ausrotten, wo immer ich sie finde, auch in meinem eigenen Herzen. Es gibt eine Herrlichkeit von Ewigkeit zu Ewigkeit, und diese Herrlichkeit ist das Sittengesetz hinter aller Rauheit des Lebens. Und diesem deinem Sittengesetze, o Weltgeist, will ich zu Achtung und Geltung verhelfen: wo ich wirke und wo ich leide. Das sei gewißlich wahr!

Mag Dortu.

Literarisches.

Der kleine Brodhaus. Handbuch des Wissens in einem Band. 10 Einzelleistungen zu je 1,90 Mk. Verlag Brodhaus, Leipzig. II. Heft.

Ein reichhaltiger, wissenschaftlich wohl begründeter Speisezettel in Farben schmückt mit einer Reihe anderer hochinteressanter Tafeln und Karten die zweite Lieferung des „Kleinen Brodhaus“. Die beiden Tafeln Nahrungsmitteleinzelheiten sind besonders wertvoll, daß sie die wichtigsten Bestandteile der menschlichen Nahrung nach ihrer Zusammenfassung aus Grundstoffen, ihrem Kaloriengehalt und, als etwas ganz Neues, auch den Gehalt an Vitaminen in einer ungemein übersichtlichen graphischen Darstellung zeigen. Die Vitamine sind, wie man neuerdings kennen gelernt hat, für die Erhaltung des menschlichen Lebens außerordentlich wichtig und dürfen in der Nahrung nicht fehlen. Wie zeitgemäß der kleine Brodhaus auch sonst ist, zeigen z. B. die beiden Tafeln Lebensübungen. Die fünf Textbogen der zweiten Lieferung bringen das Ende des „Vollschokoladens“ und schließen mit dem Stichwort „Druck“; sie umfassen über 300 Textbilder und wertvolle Uebersichten, wie Botanik, Buchhaltung, Chemische Elemente; sie alle beweisen, daß der kleine Brodhaus ein wertvolles Hilfsmittel ist, das alle in unserer Zeit erforderlichen Kenntnisse in nupbarer gedrängtester Form vereinigt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 4. August bei der Verbandskasse ein von:

Berlin 33 958,50 Mk., Kottbus 608,59 Mk., = Gau Schlesien (ganzer Gau) 8550,— Mk., = Hensburg 230,— Mk., Rüstingen-Wilhelmshafen 102,40 Mk., = Brandenburg 1899,40 Mk., Dessau 100,— Mk., Lorgau 470,— Mk., = Gau Hannover 800,— Mk., Bielefeld 4526,— Mk., Detmold 560,— Mk., Hannover 12 150,— Mk., = Gau Rheinland-Westfalen 224,70 Mk., Barmen-Eberfeld 1737,75 Mk., Bochum 449,40 Mk., Gelsenkirchen 100,— Mk., Gummersbach-Rinderoth 1000,— Mk., Lüdenscheid 52,90 Mk., Solingen —45 Mk., = Aachen 550,— Mk., Bonn 400,— Mk., Wiesdorf 100,— Mk., = Hanau 1300 Mk., Kandel 538,70 Mk., Limburg 46,— Mk., Mannheim 800,— Mk., Saarbrücken 109,57 Mk., Wiesbaden 503,10 Mk., = Erfurt 1400,— Mk., Gera 380,— Mk., Jena 325,— Mk., Mühlhausen 320,— Mk., Nordhausen 454,— Mk., Rudolstadt 40,— Mk., Zeitz 133,35 Mk., = Gau Sachsen 772,95 Mk., Annaberg-Buchholz 2600,— Mk., Burgstädt 371,80 Mk., Chemnitz 3391,35 Mk., Ebersbach-Neugersdorf 80,— Mk., Freiberg i. E. 90,— Mk., Glauchau 182,75 Mk., Limbach 294,41 Mk., Neuchau —,— Mk., Rastau 100,— Mk., Zittau 301,80 Mk., = Gau Württemberg und Baden 18,30 Mk., Freiburg i. Br. 759,— Mk., Göttingen 615,— Mk., Konstanz 251,25 Mk., Ludwigsburg 123,— Mk., Pforzheim 1080,— Mk., Trossingen 430,— Mk., = Gau Nordbayern 32,90 Mk., Ansbach 30,— Mk., Nürnberg-Fürth 7964,90 Mk., = Augsburg 502,55 Mk., München 7436,95 Mk.

Gau Württemberg und Baden.

Auf Grund der §§ 34 c und 36 des Verbandsstatuts beruft der Unterzeichnete zum Samstag, den 22. August 1925, nachmittags 4 Uhr, nach dem Hotel Friedrichshof (Stubzimmer) in Karlsruhe einen

Gautag

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht vom Verbandstag. Referent Kollege Döbbling.
3. Das Arbeitsrecht. Referent Reg.-Rat Dietrich-Karlsruhe.
4. Beratung der gestellten Anträge.
5. Verschiedenes.

Die zu behandelnden Anträge müssen spätestens am 17. August beim Gauvorstand eingereicht sein. Später gestellte Anträge können nicht behandelt werden.

Die Delegierten wollen sich mit ihrer Reise so einrichten, daß die Verhandlungen spätestens nachmittags 4 Uhr beginnen können.

Der Gauvorstand.

i. A.: Karl Hemminger.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und Verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung betreffend die Wahlen der Vertreter und Erfahmänner zum Ausschuß der Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.

Die Wahlen aus dem Kreise der Arbeitgeber finden statt am Montag, den 28. September 1925, nachmittags 4—7 Uhr, im Lokal Vökel, Prinzeßinnenstr. 17.

Die Wahlen aus dem Kreise der Versicherten am Sonnabend, den 26. September 1925, nachmittags von 1—6 Uhr im Bureau der Kaffe Stralauer Str. 7/9 und im Lokal Raimann, Wilhelmstraße 118.

Es sind zu wählen von den zur Kasse beitragspflichtigen Arbeitgebern 30 Vertreter und 60 Erfahmänner, von den bei der Kaffe Versicherten 60 Vertreter und 120 Erfahmänner.

Die Wahlen sind geheim, gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, nach näherer Bestimmung der genehmigten Wahlordnung.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge, gefordert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten, aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Für die Versicherten ist als letzter Termin der Einreichung der Wahlvorschläge der 29. August 1925, mittags 1 Uhr, für die Arbeitgeber der 31. August 1925, mittags 1 Uhr, festgesetzt.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei denn, daß die Mängel rechtzeitig abgestellt werden.

Die zugelassenen Wahlvorschläge werden eine Woche vor der Wahl im Kassenlokal während der Zeit von 8—1 Uhr zur Einsicht für die Wähler ausgelegt.

Dasselbst können auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden und etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberichtigung bei Vermeldung des Ausschusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand geltend gemacht werden.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung durch eine Wahlkarte auszuweisen, welche dem Wahlberechtigten auf seinen Antrag in der Zeit vom 19.—25. September 1925 während der Bureaustunden im Kassenlokal ausgefertigt wird.

Berlin, den 30. Juli 1925.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

R. Gottesmann,
Vorstand

F. Kiebert,
Schriftführer.